

APO -

THERKE

INHABER:

DEMOKRATISCHES  
ZENTRUM

BERGEDORF

Herausgeber:

Demokratisches Zentrum Bergedorf  
Hamburg 80  
Kirchwerder Landweg 2

Verantw. für den Inhalt: Bodo Levin

Vertrieb : Peter Tornählen

Druck : Eigendruck

Preis : 0,10 DM

Konto : Haspa Sonderkonto 97/74738 "Demokratisches  
Zentrum"

Über die Entstehung, Arbeitsweise und Zielsetzung der ApO-Gruppe Bergedorf

Vorweg: Die Bezeichnung ApO (Außerparlamentarische Opposition) ist ein Produkt der Herrschenden. Sie wurde uns verliehen, weil in Deutschland offenbar jedes Ding seinen Namen haben muß.

Wir haben inzwischen diesen Namen akzeptiert, obwohl er eigentlich alle Gruppen umfaßt, die im Parlament nicht unmittelbar vertreten sind und darum den sozialistischen Charakter unserer Politik nur allzuoft verschleiert. (Ein Beispiel: gewisse Leute in Bergedorf rechnen auch den Bürgerverein zur ApO, mit dem wir allerdings nichts gemein haben.)

I. Durch Aktionen symbolischen Charakters - wie Provokation, sit-in, go-in, etc. - gegen die Staatsgewalt und die autoritäre Obrigkeit und die sie schätzenden Organe wie Polizei und Justiz wurde einem nicht unerheblichen Teil westdeutscher Bürger zum ersten Mal nach 1949 der Klassencharakter dieses Staates, der sich freiheitlich und pluralistisch nennt, bewußt.

Die brutalen Aktionen der Polizei in Berlin am 2.6.1967 - dem Todestag Benno Ohnesorgs - ließen den Funken kritischer Erkenntnis und politischen Handelns von Berlin in die Bundesrepublik überspringen. Zentren der außerparlamentarischen Bewegung waren wie in Berlin die Universitäten, Träger der Bewegung war der bewußte Teil der Studentenschaft, der sich im SDS organisiert hatte. Diesem bewußten Kern gelang es durch Aktionen im universitären Bereich, gegen Springer, Justiz und große Koalition die Solidarität und die aktive Mitarbeit eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung zu erreichen.

Ostern 68 im Kampf gegen Springer und anschließend im April und Mai im Kampf gegen die Notstandsgesetze erlebte die Bewegung einen gewissen Höhepunkt, der zugleich auch organisatorischer Wendepunkt war:

1. Für überregionale Aktionen zur Verbreiterung der Basis fehlten geeignete Objekte.
  2. Die Bewegung war nur im Kern sozialistisch. Die Masse fühlte lediglich ein Unbehagen am Formaldemokratismus in der Bundesrepublik. Hier war eine theoretische Lücke, die unbedingt aufgearbeitet werden mußte.
- 2a) Mit Punkt 2 hängt zusammen, daß der SDS als Führungskern organisatorisch nicht in der Lage war, die theoretische Arbeit in der Bevölkerung zu tragen. Er konnte sie lediglich in der Universität leisten.
  - 2b) Weiterhin war nach Verabschiedung der NS-Gesetze eine breite Enttäuschung und damit ein Erschlaffen in der Bewegung zu spüren.

Aus dieser Analyse mußten für den weiteren Erfolg der ApO Konsequenzen gezogen werden, die im Begriff "Dezentralisation" sich ausdrücken.

Die Universitäten konnten nicht länger Zentren der Opposition sein, weil erfahrungsgemäß andere Bevölkerungsschichten kaum Kontakt zu den Studenten aufnehmen, nicht einmal Ostern.

Deshalb galt es, Gruppen zu bilden - möglichst in allen Stadtteilen - die theoretische und praktische politische Arbeit zu leisten imstande wären; d.h. lokal die Arbeit leisten, die bisher im Großen getan wurde und die Verbindung von Theorie und Praxis herzustellen.

II. Der einzige Versuch in Hamburg, eine lokal begrenzte Basisgruppe zu gründen, ist der in Bergedorf. Die Umstände dafür waren günstig: Bergedorf bietet aufgrund seiner kompakten vom übrigen Hamburg geographisch abgegrenzten Lage eine größere Chance der Kommunikation; das bedeutet einmal Kontakt der kritischen Oppositionellen untereinander (in einer Kleinstadt kennt man halt seine Gesinnungsgenossen), zum anderen Kontakt der Opposition zu allen Bevölkerungsschichten, der in anderen Stadtteilen Hamburgs sicherlich schwieriger herzustellen ist.

2 Gymnasien, 2 Großbetriebe, eine Presse, die fast jeder in Bergedorf liest, bilden im überschaubaren Rahmen ein oppositionelles Potential, dem man gesellschaftliche Probleme an einem kleinen Modell einsichtig machen kann.

Im Sommer dieses Jahres fanden sich Arbeiter, Schüler und Studenten in den Räumen der ehemaligen Zwergschule an der "Schiefen Brücke" in Neuengamme zusammen. Eine formale Gründung gab es nicht, ebensowenig wie Mitglieder oder Mitgliedsbeiträge.

Die Gruppe hat sich spontan gebildet und Spontaneität nicht organisatorische Starre ist charakteristisch für uns; damit heben wir uns deutlich von den Parteien ab, auch von der DKP. Als Angehöriger der Bergedorfer ApO betrachtet sich derjenige, welcher politische Arbeit leistet oder derjenige, der sich wohlfühlt bei uns, weil ihm die Atmosphäre gefällt.

Seit unserer ersten Zusammenkunft besteht der Montag als fester Tag der theoretischen Arbeit. Bisher haben wir uns mit den Themen "CSSR" aus aktuellem Anlaß Ende August, "Faschismus und förmerte Gesellschaft in der BRD", "Wirtschaftliche Entwicklung der BRD", "Die SPD seit Godesberg", "Liberalismus", "Dritte Welt" u.a.m. theoretisch beschäftigt. Diese Veranstaltungen werden fortgesetzt und sowohl von der "BZ" als auch durch Flugblätter angekündigt.

Im Gegensatz zu parteipolitischen Veranstaltungen vermeiden wir die Berieselung durch lange Referate und versuchen,

Informationen möglichst knapp zu geben. Wichtiger erscheint uns der Faktor, die Quellen für die politische Analyse zugänglich zu machen und diese in freier Diskussion auszuwerten. Die Erfahrung zeigt immer wieder, daß Fakten und Analysen, die unser gesellschaftliches System zumindest in einem kritischen Licht erscheinen lassen, dem größten Teil der Bevölkerung nicht bekannt sind. Springer hat sicherlich kein Interesse daran, die Existenz von alternativen Zeitungen, Zeitschriften und Büchern in seinen Gazetten zu erwähnen, sonst könnte er kaum noch behaupten, die 4 Millionen "Bild-Leser" seien aus einer demokratischen Entscheidung für dieses Blatt hervorgegangen.

Wie wichtig Information über alternative Möglichkeiten ist, zeigte sich auf einer Veranstaltung, zu der wir den Unternehmer Backhaus aus Ahrensburg geladen hatten. Herr Backhaus hat in seinem Betrieb die Mitbestimmung eingeführt, die aus jedem Arbeiter nach 5 Jahren einen Gesellschafter macht, der am Betrieb durch Kapital beteiligt ist. Dieser Betrieb funktioniert und setzt damit das Argument vieler Unternehmer und manipulierter Arbeiter außer Kraft, daß ein solches Modell nicht konkurrenzfähig bleiben könnte. In Ahrensburg wird etwas praktiziert, was die objektiven Interessen der Arbeiter unterstützt, aber die Öffentlichkeit und diejenigen, die es angeht - die Arbeiter - hören nichts davon. Springer hat kein Interesse daran, ein solches Modell zu publizieren, wir haben es.

**Die Tatsache, daß man heute in Bergedorf von unserer Existenz weiß, verdanken wir den Aktionen gegen die beiden Vertreter der kleinen radikalen Minderheit in Bonn - Barzel und Schmidt.**

Aktionen dieser Art haben den Sinn, den manipulativen Charakter parteipolitischer Veranstaltungen zu zeigen. Die Forderung nach Diskussion, nach Gleichberechtigung zwischen Referenten und Zuhörern, nach der Wahl eines unabhängigen Diskussionsleiters, der unangenehme Frager nicht vorzeitig abwürgt, all diese urdemokratischen Forderungen sind für eine solche Verkörperung deutschen Demokratieverständnisses schon eine Provokation und werden als Terror diffamiert. Man braucht nur unseren und ihren Demokratiebegriff gegenüberzustellen, die von uns erstrebte Selbstverwirklichung des Einzelnen in einer demokratischen Gesellschaft und die von Schmidt und Barzel propagierte Anpassung an eine formal-demokratische Gesellschaft, dann entlarvt man ihr Gerede von Demokratie, Partnerschaft und Pluralismus als das, was es ist: ein Lügengebäude, das objektiv nur die Herrschaft des Kapitals in unserer Klassengesellschaft stützt und gleichzeitig die demokratischen Kräfte von der Masse der Unpolitischen trennt, indem man ihre demokratischen Ziele als terroristisch und destruktiv diskreditiert.

Wir sind, daß darf man ohne Übertreibung sagen, in Bergedorf zu einem festen politischen Faktor geworden. Jeder, der eine politische Veranstaltung plant, muß mit unserem Erscheinen

rechnen. Es soll Leute in Verwaltung und Politik geben, die Angst haben vor einer Auseinandersetzung mit uns (siehe die geplante NPD-Veranstaltung), andere benutzen uns, um ihre demokratische Fassade aufzupolieren (siehe Helmut Schmidt).

III. Wir werden unsere Aktionen fortsetzen und dazu im Wahljahr 1969 reichlich Gelegenheit haben. Die Wahlen, nach dem Verständnis der Bonner Politiker grundlegendes Kennzeichen unserer "Demokratie", erhalten in unserer Gesellschaft den Charakter einer Bestätigung der Herrschaftsverhältnisse. Der Wähler steht vor einer Einheitsliste der CDU/CSU/SPD/FDP und darf einen Teil ankreuzen. Die Führer der einzelnen Unterabteilungen sorgen dann dafür, daß die Rollen im Parlament richtig verteilt werden. Nach dem Motto: "ein Wahlgesetz zur rechten Zeit schafft Ruhe und Gemütlichkeit" werden unangenehme Emporkömmlinge schon vorher ausgeschaltet. Man wird auch im nächsten Wahlkampf mit Phrasen wie "Volkspartei", "Versachlichung der Politik", "Entideologisierung", "Sachzwänge", "Sozialpartnerschaft" etc. arbeiten. Unsere Aufgabe wird es dann sein, diese als Verschleierungen wirklicher gesellschaftlicher Zusammenhänge zu entlarven. Wir werden aufdecken, daß dieser Wahlkampf nicht ist als ein Schattenboxen unter Gesinnungsgenossen und darum lediglich eine gigantische Manipulation. Man wird die Polizei auf uns hetzen. Dazu sei gesagt, daß wir die Konfrontation mit der Polizei nicht suchen. Wir betrachten sie nicht als Angriffsziel sondern meinen, daß die Polizei in diesem Staat die Aufgabe hat, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und damit notwendigerweise die Interessen der Herrschenden schützt, indem sie jeden Versuch, die Verhältnisse zu ändern, brutal vereitelt. Es mag Leute mit einem Polizistenkomplex geben, uns interessiert nur die gesellschaftliche Funktion der Polizei.

Die politische Polizei versucht in der gegenwärtigen Zeit Situation, Arbeiter von Studenten und Studenten von Arbeitern zu trennen, weil sie genau weiß, welche Konsequenzen ein Bündnis dieser Gruppen haben kann.

Die Bergedorfer Basisgruppe bietet die Möglichkeit für eine Zusammenarbeit aller Schichten. Es liegt an uns allen, eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames politisches Vorgehen gegen Herrschaft und Unterdrückung am Arbeitsplatz und im politischen Überbau zu finden.

Weihnachten, das Fest der Liebe, naht.

Sie gehen am 24. Dezember zur Christvesper-  
zum Gedenken am Christus, den Verkünder der Liebe.  
Sie werden in die Kirche gehen und der Liebe ge-  
denken-  
doch tun werden Sie nichts.

Sie lesen auch am 24. Dezember Berichte über den  
unmenschlichen Krieg in Vietnam und denken, das  
ist nicht richtig-

doch tun werden Sie nichts.

Sie wissen auch am 24. Dezember, daß in Griechen-  
land Menschen in Konzentrationslagern gefoltert  
werden-  
doch tun werden Sie nichts.

Verbringen Sie ein gesegnetes Fest der Liebe am  
24. Dezember 1968-  
verbringen Sie ein glückliches Fest der Liebe unter  
dem Weihnachtsbaum-  
singen Sie Lieder der Liebe am 24. Dezember 1968.

Aber-  
wünschen Sie sich vielleicht Napalm zu Weihnachten?

Ein zufriedenes Weihnachtsfest  
wünscht Ihnen Ihr

Demokratisches Zentrum Bergedorf

F. A. Brandt

24. Dezember 1968! ("Weihnachten")

24-stündige Waffenruhe in Vietnam!

Länger dauert die Menschenliebe nicht.

Dann wird der Angriffskrieg einer Weltmacht gegen die demokratischen Kräfte Vietnams weitergehen, die USA werden Südvietnam weiterhin von der Demokratie befreien - im Namen der Demokratie, sie werden Landstriche vom Vietkong "säubern" - (die Wachmittreklamen scheinen auch im politischen Vokabular nicht ohne Einfluß geblieben zu sein).

Zynischer kann man Weihnachten nicht mißverstehen. Doch dies ist nicht neu. Schon die herrschenden Kreise vor bald 2000 Jahren haben mit ihrem von Doktrinen beschränkten Horizont die Botschaft nicht verstanden: die Nächstenliebe gegenüber dem Menschenbruder blieb abstrakt, Jesus wurde hingerichtet, zuvor gedemütigt und gefoltert. Vom "Hosianna" zum "Kreuziget ihn" wars keine Woche. Heute ist's ein Tag, und nicht einmal das, denn für die Gefangenen auf der KZ-Insel Jaros ändert sich nichts; die zu langen Zuchthausstrafen oder zum Tode verurteilten Südkoreaner bleiben verurteilt, nicht zuletzt, weil sich die Regierung der Bundesrepublik (von hier wurden die Koreaner ja entführt) achselzuckend untätig verhält; die Betroffenen der sizilianischen Erdbebenkatastrophe sitzen immer noch in ihren Zelten und Wellblechhütten; in Lateinamerika und überhaupt in der Dritten Welt verhungern täglich Tausende, und diejenigen, die dafür kämpfen, daß den Unterdrückten und Elenden dieser Welt geholfen werde, werden gefoltert und ermordet wie in Persien.

Der Ku-Klux-Klan in den USA scheut sich nicht, die Bibel als Rechtsgrundlage für seine Lynchjustiz zu zitieren. In unseren Gefängnissen herrschen vielfach menschenunwürdige Zustände - dabei will ich gar nicht weiter auf die Tatsache eingehen, daß Eigentumsdelikte und Sachbeschädigungen sowie Ordnungswidrigkeiten im Vergleich zu Körperverletzung und Totschlag unverhältnismäßig hart bestraft werden.

Es ist merkwürdig, daß diejenigen, die sich Christen nennen, und andere, die sogar die Frechheit besitzen, politische Parteien als christlich zu bezeichnen, sich so wenig christlich verhalten; dabei haben sich die christlichen Kirchen besonders hervorgetan. Wenn man bedenkt, was im Namen Christi alles begangen wurde und noch begangen wird, dann muß jeder Christ Scham darüber empfinden, daß er in Gemeinschaft mit diesen Christi Geburt feiert. "Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan". (Matth. 25, 40). Die revolutionäre Botschaft des Christentums, die unabhängig von allen herkömmlichen Anschauungen und Gesetzen dazu auffordert, die Not der Bedürftigen zu lindern und somit auch die Herrschaftsverhältnisse zu ändern, die solche Not überhaupt erst entstehen läßt, ist von einigen katholischen Priestern

in Lateinamerika verstanden worden; sie sind dann in ihren Konsequenzen häufig ehrlicher und revolutionärer als manche der dortigen kommunistischen Parteien. Doch darf das nicht darüber hinwegtäuschen, daß die offiziellen Anschauungen der Kirchen in ihrer objektiven Wirkung nicht christlich sind.

Unter christlicher Flagge fahren die Faschisten in Nato-Portugal und Nato-Griechenland sowie in Spanien, ebenfalls die reaktionärsten Parteien in der freiheitlich westlichen Welt, die Oligarchen in Lateinamerika; mit christlichem Segen werden die Armeen versehen, so daß man sagen könnte, die Atombombe wäre das Schwert Christi.

Es ist ein Hohn auf den historischen Christus, wenn die Herrschenden heute ihre Macht und ihre Gewalt mit christlichen Prinzipien ideologisch verbrämen und verschleiern. Er war seiner Zeit ein Ärgernis, er achtete nicht die Gebote öffentlicher Moral und Ordnung, er war ein Unruhestifter, er war in "schlechter Gesellschaft mit den Verachteten der damaligen Zeit, den Zöllnern und Bettlern, den Huren und Verbrechern, er ging bei den einfachen Leuten ein und aus; seine Mittel waren unkonventionell. Heute wäre er immer noch ein Ärgernis. Denn er ließ sich nicht von den heuchlerischen Beteuerungen derer, die die Religion verwalteten und derer, die die Macht hatten, betören, er war auf der Seite der Schwachen; und er verlor - auf dieser Erde. Aber seine Botschaft ist kein Vertrösten auf das Jenseits, keine Mahnung zum geduldigen Leiden, wie uns immer von den Herrschenden, die nämlich davon den Nutzen haben, weisgemacht wird, sie ist eine Aufforderung zum Handeln - jetzt, hier und heute. Es kommt nicht darauf an, ob jemand die Rituale einer "toten" Kirche richtig zelebriert oder die Spielregeln einer Regierung einhält, wenn beide sich als unfähig erweisen, die brennenden Probleme der Menschheit zu lösen, wobei erstere die Erlösung erst nach dem Tode verspricht, womit sie die Gläubigen um ihre irdischen Möglichkeiten betrügt; es ist auch unwichtig, ob man an einen unbegreiflichen abstrakten Gott glaubt, entscheidend ist, daß man so handelt, wie Christus es als Mensch gefordert hat: menschlich.

Viele Christen heute sagen auch: Gott ist tot.

Damit meinen sie, daß die Menschen endlich ihre Vorstellungen von einer überirdischen Instanz, nämlich die Idee des Göttlichen, aufgeben sollen, weil sich erwiesen hat, daß ganz unabhängig davon die Idee der Humanität verwirklicht werden kann und verwirklicht werden muß. Daß vielmehr sogar die Hoffnung auf eine ausgleichende Gerechtigkeit nach dem Tode dazu mißbraucht wurde und mißbraucht wird, das irdische Leid erträglicher zu machen und somit zu verlängern, anstatt die Ursachen dieses Leidens zu beseitigen. Denn so hat Jesus seine Botschaft nicht verstanden wissen wollen; er wollte die konkrete Wirklichkeit auf dieser Erde ändern, indem er den Geist des Menschen zu verändern suchte. Er selbst sah wohl wie schwer dies war und auch, daß er, solange er lebte, dies nicht erreichen würde. Ihn täuschte kein Hosianna. Aber sein Stellvertreter, Pabst Paul VI., war zutiefst beeindruckt von dem Jubel in Bogota und sah nicht das Elend und den Hunger dort.

Der Vatikan gehört mit zu den größten und reichsten Aktionären der Welt, ist an fast allen bedeutenden Industriefirmen der westlichen Welt beteiligt. Und solche Leute wagen noch, sich auf Jesus zu berufen, der Gerechtigkeit forderte und, weil er die Unrechtmäßigkeit des Reichtums einzelner verurteilte, zur Armut aufforderte, indem er verlangte, daß diese ihr Geld unter die Armen verteilen sollten. Aber bald war man unverschämt genug; dies von den Armen zu fordern, so wie es auch heute immer noch geschieht, damit den gesellschaftlichen Notständen durch die zusätzliche Opferbereitschaft der Gesellschaft abgeholfen werde und der Besitz der Reichen unangetastet bleibe oder der gesamtgesellschaftliche Reichtum im Interesse der Herrschenden zur Aufrechterhaltung von deren Privatinteressen weiterhin vergeudet werde, wie in Rüstung und unnützen Prestigeobjekten.

Wir wissen ja, daß uns die Bundesregierung zu Weihnachten 80 Phantomdüsenjäger und weitere 50 Starfighter beschort hat, daß sie uns auch schon versprochen hat, ihre mörderischen Anstrengungen für den großen Massenselbstmord (Verteidigungsfall) zu erhöhen, dafür werden Milliarden und Milliarden vergeudet, und für die paar lebensnotwendigen Millionen in Biafra und der Dritten Welt langt es nicht, da müssen Sie einspringen, denn was Sie im Vertrauen auf die sinnvolle Verwendung Ihrer Steuergelder dem Staat schon gezahlt haben, ist futsch - für Kriegsspielzeug. Um Sie und Ihre Kinder aber daran zu gewöhnen, verkauft man es Ihnen auch als wirtschaftliches Spielzeug.

Es ist Vorsicht geboten bei denen, die mit Lichterglanz in den Straßen und an ihren Geschäften Weihnachtsstimmung produzieren. Sie sollen nur über deren wahre Interessen hinweggetäuscht werden, das ist der große Verdienst.

Und denen, die von Frieden reden und dabei Panzer segnen, vertraut nicht, glaubt ihnen nicht und glaubt denen nicht, die die Panzer bestellen und kaufen von Eurem Geld, auch nicht, wenn sie behaupten, es sei zur Verteidigung Eurer Freiheit, denn es ist zur Verteidigung ihrer Machtstellung und ihres Reichtums, wofür ihr dann noch die Köpfe hinhalten sollt. Nein, seid mißtrauisch, denkt daran, daß alle mit gleichen Rechten geboren sind; aber bei uns haben einige wenige ungeheuerlich viel Rechte, weil sie ungeheuerlich viel Macht durch ungeheuerlich viel Geld, das der Gesellschaft gestohlen wurde, entweder schon von den Vorfahren, so daß sie als die wenigen Auserwählten erbten, während die meisten nichts erbten - oder durch betrügerische Machenschaften und Verbindungen. Keiner wird durch seiner Hände Arbeit Millionär; er läßt dann nämlich andere für sich arbeiten und betrügt sie, indem er ihnen zu wenig Lohn zahlt und ihnen zu wenig Freizeit gibt, sie zu spät pensioniert, sie an zu schlechten Arbeitsstellen beschäftigt, sie stumpfsinnige und tödlich langweilige Arbeiten ausführen läßt, die schon längst Maschinen verrichten könnten, ohne daß die Arbeiter ihre Stelle verlieren müßten; bei geringerem Verdienst der Unternehmer, oder besser, bei gleichem Verdienst wäre durch den Fleiß aller so viel Reichtum geschaffen, daß oben genannte Punkte alle erfüllt werden könnten. Sie können erfüllt werden, sie müßten schon längst erfüllt sein, wenn es den Herrschenden mit ihrem Christentum ernst wäre.

H. Genth

Offener Brief an Herrn M e y e r !

Herr Meyer,

ich kenne Sie nicht. Dafür scheinen Sie mich umso besser zu kennen. Sie interessieren sich auch so außerordentlich für meine Person, meine Gewohnheiten, meine Gedanken; meine politische Überzeugung, ja sogar für meinen Beruf, daß man fast den Eindruck gewinnen könnte, Sie seien um mich sehr besorgt.

Sie wissen auch so gut über mich bescheid, viel besser als ich selbst.

Sie haben ja wohl Erkundigungen über mich bei der Schule Am Brink eingezogen, bei der ich zwei Jahre als Lehrer tätig war, obwohl Lehrer eigentlich keinerlei Auskünfte über Schüler oder Kollegen weitergeben dürfen.

Sie geben auch bereitwillig Auskunft über mich, auch wenn man gar nicht darum ersucht hat.

Obendrein bedienen Sie sich meiner Person als Sündenbock für Ihre eigenen Unzulänglichkeiten bei der Erziehung kritischer Schüler. Aber wenn ich Sie schon unfreiwillig entlasten soll, obwohl ich es gar nicht könnte, möchte ich doch um ein Honorar bitten.

Ihre Schüler waren wohl ein wenig aufsässig? Also hat doch ein böser Mensch sie aufgehetzt. Allein können doch Schüler gar nicht unzufrieden werden. Allein können doch Schüler nicht die Lehrer ärgern. Das hat es doch noch nie in Deutschland gegeben. Bisher haben wir doch immer Führerbefehle gehabt. Ein Schüler wird doch nicht allein denken wollen, so ganz ohne Lehrer.

Und wir kennen ja diese Typen, diese Dutschkes, Maos, schmutzige Horden, diese ferngesteuerte gelbe Gefahr, diese Aufwiegler.

Die Eltern hätten Ihnen auch sicher nicht geglaubt, daß Mao höchst persönlich dahintersteckt, aber wenn es schon Lehrer in der ApO gibt, warum sollte man diese nicht benutzen.

Das ist doch einfach. Das können die Eltern glauben.

Das geht heute auch ganz gut.

Lehrer werden mit ihren Schülern nicht mehr fertig. - Wer ist schuld? - Die ApO.

Einige Eltern haben Schwierigkeiten mit ihren Kindern. - Wer ist schuld? - Die ApO.

Polizeifahrzeuge werden von Idioten angesteckt. - Wer ist schuld? - Die ApO.

Im Winter wird es früher dunkel. - Wer ist schuld daran? - Die ApO.

Und die ApO, das kann man nicht so recht fassen, da muß doch eine Person hinterstecken. Na also, der Stubenälteste Dreckmann.

Das ist natürlich üble Nachrede, aber die gibt es ja nur bei den Linken. Das kann man doch von Herrn Meyer nicht behaupten.

Sie haben ja auch Beweise Herr Meyer. Allerdings verschweigen Sie bewußt, um welche es sich handelt; denn es macht sich gut etwas anzudeuten. Den Rest überläßt man der Phantasie der anderen. Die Eltern können sich ja dann selbst ihre wildesten Gedanken machen.

Sie haben den Eltern auch nicht erzählt, warum ich die Schule wechselte. Warum eigentlich nicht?

Sie haben doch Informationen - oder hat man Ihnen falsche gegeben?

Dann müßten Sie doch wissen, daß ich die Schule freiwillig verlassen habe, um an einer modernen Schule tätig zu werden.

In der Schule Am Brink lag nichts gegen mich vor.

Mein Mitgefühl für Sie mahnt mich, Ihnen weitere Informationen zu meiner Person zu übermitteln, da ich Ihnen die recht mühevollen Arbeit des Spekulierens abnehmen möchte.

Ich bin so weit links wie Sie rechts sind, Herr Meyer.

Wir haben sogar eine kleine Gemeinsamkeit, Herr Meyer. Wir waren beide Führer: Sie beim Jungvolk, ich bei den Pfadfindern. Ich habe aus dieser Zeit gelernt, daß autoritäre Führung nichts mit Demokratie zu tun hat.

Ich gehe nicht so oft in die Kirche wie Sie, Herr Meyer.

Ich bin nicht Mitglied der CDU wie Sie, Herr Meyer, sondern nur in der Gewerkschaft.

Ich bin bei den AUSS-Sitzungen genausowenig anwesend wie Sie,  
Herr Meyer!

Ich habe auch zuweilen aufsässige Schüler, aber daran sind nicht  
Sie schuld, Herr Meyer.

Ich kenne den Artikel 5 unseres Grundgesetzes und auch die an-  
deren und weiß, daß Diskussionen, freie Meinungsäußerungen nicht  
mit Aufhetzen zu tun haben.

Wenn ich mich über Sie in ähnlicher Weise mit anderen Vorzei-  
chen geäußert hätte, wie Sie über mich, hätten Sie sicherlich  
Strafanzeige gestellt.

Ich habe mir überlegt, es zunächst bei diesem offenen Brief  
bewenden zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Alfred Schramm*

Die deutsche Presse hat endlich auch von den "Mothers of Invention" aus Kalifornien Notiz genommen und präsentiert sie den Lesern als das typische Beispiel des Bürgerschrecks. Die Auftritte der "Mütter" ähneln Orgien, ihre Musik besteht für die meisten nur aus Lärm. (Wenn beim Abhören der Platten eine Feuerwehr auf der Straße vorbeifährt, würde man das wahrscheinlich gar nicht bemerken)

Die Bedeutung der "Mother of Invention" besteht nicht darin, daß sie gar keine haben (wie es uns die meisten Kommentare über ihre Auftritte weismachen wollen), und daß sie lediglich eine besonders schockierende Show abziehen, außergewöhnlich ungepflegt aussehen, und sich bei jeder Gelegenheit Käsebrötchen unter die Achsel klemmen, um auch dem letzten Bild-Leser rechtzugeben ("ja, ich stinke!"). Diese Kriterien, die in den Vordergrund gespielt werden, sollen davon ablenken, sich mit der Erfindung der "Mütter", dem politischen Beat, auseinander zu setzen.

Nach Frank Zappas Ansicht "befindet sich die Jugend in einem politischen Schlaf, in den sie die Konsum- und Unterhaltungsindustrie gelullt hat". Gerade der Beat wäre also ein guter Ansatzpunkt, die Jugend zu politisieren. So werden die Auftritte der "Mothers" zu Musik-Theater. Zu dem Text: "Nun zeigt uns mal wie wir's mit den Congs in Vietnam machen!" schlachten sie Dutzende von Baby-Puppen. Eier und Tomaten fliegen von der Bühne ins Publikum (!!), dazu elektronisch erzeugte Kreisch-töne, Geräuschkollagen, gehämmerte Gitarrendisakkorde. Das Publikum wird aufgeschreckt. Motto: Das Publikum schocken, damit es uns nicht konsumiert, sondern mitmacht.

"Kein Akkord ist häßlich genug, all die Scheußlichkeiten zu kommentieren, die von der Regierung in unserem Namen verübt werden!" sagt Zappa.

In den USA spielt keine öffentliche Rundfunk- oder Fernsehstation Songs der "Mothers of Invention". Die Schärfsten Anti-Establishment-Passagen auf den LP's werden durch Frequenz-Manipulationen unverständlich gemacht. ( Die Ton-Wiedergabe eines Beischlafs, die zweifellos geschäftsfördernd ist, störe die Plattengesellschaft dagegen nicht.)

Der Grund für die Sabotage dieses neuen Versuchs, die Jugend zu aktivieren, liegt auf der Hand. Die Jugend von heute wird bald der wichtigste Wählerblock. Eine politisch aktive Jugend wählt aber nicht mehr die Leute, die jetzt an der Macht sind.

Fazit: Wer den politischen Schlaf der Jugend stört, schreckt damit auch die Politiker auf. Frank Zappas "Mothers of Invention" sind ein Anfang.

Am 19. Dezember 1968 fand die erste Berufungsverhandlung vor dem Hamburger Landgericht gegen einen Osterdemonstranten statt. Es wurde gegen den Jungsozialisten Walter Simon und Geesthacht verhandelt. Er war seinerzeit zu 4 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Sein Verteidiger hatte sofort Berufung eingelegt. Wir verurteilten nachstehend das Schlußwort des Angeklagten, das er bei der Berufungsverhandlung gehalten hat.

Ich habe an den Osterdemonstrationen vor dem Springer-Verlagsgebäude teilgenommen, um meine Solidarität mit dem Studenten Rudi Dutschke zu bekunden; um gegen die volksverhetzende Springerpresse zu demonstrieren und um die Auslieferung der Springerzeitung zu verhindern.

Für mich war der Versuch, die Auslieferung der Bildzeitung zu verhindern der Hauptgrund meiner Anwesenheit vor dem Springer-Verlagsgebäude. Ich bedaure nachtraglich, daß uns dieses nicht gelungen ist. Beim Ostergedächtnismarsch im nächsten Jahr werden wir gemachte taktische Fehler nicht wiederholen, sondern die gesammelten Erfahrungen in der richtigen Art und Weise anwenden, so daß es nächsten Ostern erstmals, ich hoffe es sehr, zur Verhinderung der Auslieferung der Springer-Blätter kommen wird.

Warum habe ich so, bzw. warum mußte ich so handeln und warum werde ich jederzeit wieder so handeln? Es spricht wirklich nicht für die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, daß wir handeln mußten. Es wäre vielmehr die Aufgabe unserer Justiz gewesen zu handeln. Und den Gesetzen entsprechend hätte sie handeln müssen. Denn wer hat gegen die Gesetze verstoßen? Wenn ich Sie z.B. Herr Vorsitzender, ohrfeige und Sie mich in Notwehr wieder ohrfeigen, dann wird man nicht Sie, sondern mich zur Rechenschaft ziehen. Im allgemeinen ist das doch so. Die einzige rühmliche Ausnahme ist Herr Springer. Für diese Person gelten offenbar andere juristische Maßstäbe.

Herr Springer und seine Blätter waren es, die permanent politische Minderheiten verunglimpften. Die Bildzeitung war es, die eine ganz systematische Progromhetze gegen die Studenten, gegen den SDS und überhaupt gegen die linksengagierte Jugend betreibt. Sie ist es, die ihre Stellung in der öffentlichen Meinungsbildung rigoros ausnutzt und publizistisch verantwortungslos berichtet. Sie als Richter werden das aufgrund falscher Gerichtsberichte selber wissen, Herr Vorsitzender. Die Berichterstattung besteht aus gefühlsbetonten wahrheitswidrigen Klatsch und Quatsch, Kritik wird eliminiert und es wird eine ganz bestimmte Meinung gemacht. Welche Folgen das beim unkritischen Leser hat, werden Sie wohl selber ermessen können, Herr Vorsitzender. Und daß sie lügt und trügt, darüber liegt ein Gerichtsurteil vor, und zwar aus dem Rechtsstreit der Zeitung "Die Zeit" gegen die "Bildzeitung". Mehr noch als das: Die "Bildzeitung" war es, die zur unmittelbaren physischen Gewalt auffief. Sie gehören sicherlich nicht zu den notorischen Bildzeitung-Lesern, Herr

Vorsitzender und meine Herren Schöffen, aber Sie kennen sicherlich die entsprechenden Zitate:

" Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Und man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen".

" Polizeihiebe auf Krawallköpfen können den möglicherweise noch vorhandenen Grips locker machen."

Darin sehe ich, ich hoffe auch Sie, eine klare, unmißverständliche Aufforderung zur Gewalt. Das Bewußtsein der Öffentlichkeit wird durch eine solche Berichterstattung ganz und gar gegen den gemeinten Personenkreis manipuliert. Und durch diese volksverhetzende, erwiesenermaßen lebensgefährdende Berichterstattung der Springer-Presse wurde auch das Bewußtsein von Herrn Bachmann manipuliert, so daß es zu dem Anschlag auf das Leben von Rudi Dutschke kam. Sie hat die Grundlagen für das Attentat geliefert. Und das Bachmann im Sinne der manipulierten Springer-Leser handelt, geht aus den vielen anonymen Briefen hervor, die Rudi Dutschke nach dem Attentat erhielt. Ich erfahre die gleiche Meinung tagtäglich in der Diskussion mit manipulierten Lesern der "Bildzeitung".

Hier nun frage ich Sie, warum ich hier stehe und viele meiner Freunde standen und stehen werden? Waren wir es nicht, die den notwendigen Einklang von Verfassung und politischer Wirklichkeit wiederherstellen wollten. Die Frage ist ernst gemeint. Denn hier an dieser Stelle müßte Herr Springer und seine Handlanger aus den Redaktionsräumen der Bildzeitung stehen. Herr Springer nämlich ist es, der gegen die Gesetze verstoßen hat. Wie heißt es doch gleich in Art. 1 des GG:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Wann und wo, meine Herren, haben Sie uns geschützt, wann und wo sind Sie ihren Verpflichtungen nachgekommen? Sie können darauf keine Antwort geben und deshalb haben wir uns selber geschützt und versucht zu unserem Recht zu kommen. Wie können Sie, Herr Staatsanwalt überhaupt von Gewalt reden. Sie sind dazu überhaupt nicht legitimiert, solange gegen die andere Gewalt nicht eingeschritten wird.

Ich sagte schon, daß für Herrn Springer offenbar andere juristische Maßstäbe gelten als für uns, wie heißt es doch im § 130 StGB: . . .

In der Tat, es wäre eine unpopuläre Entscheidung, Herrn Springer für drei Monate ins Gefängnis zu schicken.

Etwas anderes ist unser Verstoß gegen den § 116 StGB wieder so habe ich Landesfriedensbruch begangen? Die Problematik der Osterdemonstrationen besteht darin, daß man eine wesentliche Frage übergeht: Nämlich, daß das verfassungsmäßige Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit übergangen wird. Landesfriedensbruch, das ist eine Formel aus

dem Kaiserreich. Von daher ist es notwendig, sich einmal über Sinnzusammenhänge zu unterhalten. Diese Gesetze vornehmlich das preußische Versammlungsgesetz von 1850 wurden als Handhabe gegen die Vorkämpfer der Demokratie und nicht zuletzt gegen die Sozialdemokraten in der Bismarck-Ara angewandt. Damals gab es nicht den breiten Spielraum von Rechten, die uns heute das GG zubilligt. Wir haben von unserem Recht Gebrauch gemacht und erkennen keine Gesetze an, die dieses Recht in dieser rigorosen Form beschneiden. Es ist so, daß Gesetze aus dem Kaiserreich das Grundrecht prägen und nicht so wie es sein sollte, daß das Grundrecht die einschränkenden Gesetze prägt. Diese Gesetze sind, so meine ich, ein Anachronismus in unserer heutigen Rechtsprechung, und bedauerlicherweise ändern gesellschaftlichen Situation. Jeder, der somit Gebrauch von seinen Grundrechten macht, versuchen Sie es einmal selber, begibt sich in eine Risikosituation und muß damit rechnen, nach kaiserlichen Recht abgeurteilt zu werden. Es sei denn, man ist CDU-Mitglied wie der Kölner Student Laepple, der in der Kölner Innenstadt den Verkehr für eine Stunde lahmlegte und vor dem Gericht freigesprochen wurde. Es sei denn, man demonstrierte gegen den Einmarsch sowjetischer Truppen in der CSSR; trotz fehlender Anmeldung und Genehmigung wird niemand angeklagt. Es gelten hier ganz offenbar andere juristische Maßstäbe.

Das Urteil das seinerzeit - nach einer Beratungszeit von 120 Sekunden gegen mich gefällt wurde, hatte die Aufgabe das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit zu kriminalisieren. Die Handlung als solches sollte kriminalisiert werden, als Person wurde ich kriminalisiert und ich meine, daß ich nicht kriminell bin, sondern aus politischer Überzeugung gehandelt habe.

Somit, so meine ich, ist es ihre wichtigste Aufgabe, bei der Urteilsberatung die Gründe zu prüfen, die mich zur Teilnahme an den Osterdemonstrationen bewogen haben. Und ich glaube, daß Sie die Gesetze nicht isoliert vom politischen Hintergrund nicht formal-juristisch gegen mich anwenden können. Es gibt leider nur wenige Richter, die sich dieser Mühe unterzogen haben. Der Frankfurter Amtsgerichtsrat Möller hat z.B. den Mut gehabt, einige Osterdemonstranten freizusprechen, weil wie es in der Urteilsbegründung u.a. heißt, der Einsatz der Polizei in dieser Form objektiv unrechtmäßig war. In Bremen wurde vor einigen Monaten ein Urteil gefällt, in dem Demonstrationen als sozialadäquates Verhalten bezeichnet wurden und die Angeklagten dementsprechend freigesprochen wurden. Besonders sei eine Entscheidung des Amtsgericht in Esslingen vom 22.10. ds. Jahres zu erwähnen, wo die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeschuldigten abgelehnt wurde. Als Grund wird das echte staatsbürgerliche Verhalten der Angeschuldigten angegeben.

Ich weiß nicht, ob Sie mich aburteilen werden. Eine Gefängnisstrafe wäre noch das geringste Übel. Die Nebenfolgen sind viel schlimmer. Ich werde vorbestraft sein, muß dann das Abendgymnasium verlassen, wie es die Schulordnung zwingend vorschreibt, ich werde ganz allgemein gesellschaftlich gebrandmarkt sein. Sie werden das Todesurteil über meine spätere bürgerliche Existenz sprechen. Sie werden einen demokratisch-engagierten Jugendlichen fertigmachen, nur damit der Springer-Konzern unangefochten weitermachen kann. Das Wohl einzelner Menschen ist nichts, wenn es um das Wohl des Konzerns und der Konzerne ganz allgemein geht. Das war ja schon immer so.

Wenn ich abgeurteilt werde, dann sehe ich darin einen Grund diese Justiz als Klassenjustiz anzusehen, und ich werde stets bemüht sein, mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln die verfassungsmäßig garantierte Rechtsgleichheit wieder herbeizuführen. Ich werde nichts unversucht lassen, diese Justiz und ihre Handlanger zu provozieren und zu sabotieren, und die Gewißheit haben, daß die Verantwortlichen dieser Justiz eines Tages zur Rechenschaft gezogen werden.

Beweisen Sie nun, daß das Grundgesetz mehr als nur ein Papiertappen ist den man unterm Arm trägt, doch im Kopf haben mußte. Beweisen Sie nun, daß ich hier nicht als Untertan, sondern als mündiger Bürger und engagierter Demokrat stehe.

Beweisen Sie nun, daß die Staatsgewalt wirklich vom Volke ausgeht und nicht von einer kapitalbesitzenden Minderheit. Sie können es vielleicht nicht.

Und beweisen Sie nun, daß die Justiz die unabhängige dritte Gewalt ist und daß Sie Demokraten sind.

Und wenn Sie es sind, dann mußte Ihr Urteil

#### F R E I S P R U C H

wegen guten demokratischen Verhaltens lauten.

Walter Simon

"Ich bin jetzt mitten auf dem nachtgelben Zebrastrreifen.  
Im Licht im Dunkeln.  
Wenn mich jetzt ein Auto überfährt- sauber säuberlich im  
Licht im Dunkeln. Das Bild: nicht ich- die Illustrierte."

Da ist einer abends über einen Zebrastrreifen gegangen und hat dabei Angst gehabt. Und jetzt will er das aufschreiben, warum er Angst gehabt hat, weil er denkt, daß andere auch Angst haben müßten, wenn sie abends über einen Zebrastrreifen gehen, und weil das, was er dabei gedacht hat, eigentlich stimmt, und weil er meint, daß andere dabei aber nicht das denken, was er gedacht hat.

Und nun will er das schreiben, und nun weiß er aber nicht, wie er das schreiben soll, denn das war so ein Zebrastrreifen mit einer gelben Lampe oben drüber, aber das kann er ja nicht so einfach schreiben. Und dann denkt er nach, was das für ein gelb war., und dann denkt er, daß das nachtgelb war, aber dann weiß er nicht genau, was nachtgelb ist, weil nachtgelb gelb in der Nacht ist, und dann hat er ja aber immer noch nicht gesagt, was für ein gelb das war.

Aber dann weiß er nichts besseres und fragt ein paar Freunde, was für ein gelb das ist, und weil die zwar ein paar Vorschläge haben, aber weil das das gelb auch nicht meint, das er meint, da laßt er nachtgelb nachtgelb sein und laßt das stehen und meint, daß das jetzt schon nichts ist, was er da geschrieben hat.

Und dann schreibt er, daß er über einen nachtgelben Zebrastrreifen geht, und er schreibt, daß er denkt: wenn mich jetzt ein Auto überfährt.  
Und dann denkt er, daß das gut ist, was er jetzt eben zuletzt geschrieben hat, und daß der letzte Satz klar ist.  
Und dann denkt er, wie das aussieht, wenn das Auto ihn überfährt, und dann schreibt er: sauber säuberlich im Licht im Dunkeln.

Und dann denkt er, daß das keiner versteht, was er damit meint, und dann denkt er nach, und dann erzählt er ein paar Freunden, was er damit meint: daß das Auto sauber ist in dem gelb und glänzt, und daß er dann säuberlich da liegt mit Blut und so, alles in dem gelb von der Lampe, und daß das im Licht im Dunkeln ist, so sauber wie im Scheinwerferlicht, und ganz für sich. Und dann wissen die Freunde, was er meint, aber nicht, wie er das schreiben soll, damit die anderen das auch verstehen, Und dann denkt er, daß das nichts wird, was er da schreibt, weil das keiner versteht.

Und dann ließt er nochmal das letzte, was er geschrieben hat: wenn mich jetzt ein Auto überfährt, sauber säuberlich im Licht im Dunkeln. Und dann denkt er nach, was er da gedacht hat, und dann schreibt er: das Bild - nicht ich, die Illustrierte.

Und dann denkt er, daß das ja erst recht keiner versteht, was er damit meint, und dann erklärt er ein paar Freunden, was er damit meint: daß ~~xxx~~ er gedacht hat, daß das, wie er dann da liegt, gar nicht sein eigenes dabeist, sondern daß das dann genauso aussieht, wie man das immer so in den Illustrierten sieht, und daß er sich darum auch gar nichts selbst vorgestellt hat, sondern daß ~~xxx~~ er das bloß so gedacht hat, wie man sich das in einer Illustrierten vorstellt.

Und die Freunde sagen, daß sie das verstehen, was er damit meint, und was er da geschrieben hat. aber die wissen auch nicht, wie er das schreiben soll, damit die anderen das auch verstehen, was er geschrieben hat. Und darum laßt er das so, wie er das geschrieben hat, und legt das weg.

Peter Fischbach

## PRODUKTION FÜR LOOKER

DER EINE:

"DU HAST DEN APFEL NICHT GERECHT GETEILT. DU HAST DIR DAS GRÖßERE STÜCK GENOMMEN."

DER ANDERE: "WENN ICH AUCH NUR DEN GERINGSTEN UNTERSCHIED Gesehen HÄTTE,

HÄTT ICH BESTIMMT DAS GRÖßERE STÜCK GENOMMEN.

ES GAB KEINEN UNTERSCHIED. 

ICH MUßTE GERECHT SEIN."

(PETER FISCH-  
BACH)

T O L E R A N Z

Einer wieder bekommen die Sozialisten der APO folgende Frage zu hören: "Ihr seid doch für freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit! Wie verträgt sich das damit, daß ihr versucht habt, die Auslieferung von bestimmten Zeitungen (Springer) zu verhindern?"

An alle, die so und ähnlich fragen ist dieser Artikel gerichtet. Sie werfen uns vor, daß wir Toleranz als Mittel zur Wahrheitsfindung und als Fortschritt zu einer humaneren gerechteren Gesellschaft, zwar auch fordern, uns aber nicht daran halten.

Wir meinen aber, daß man einen Unterschied machen muß, zwischen der Toleranz, die Springerzeitungen schützt und der dem Fortschritt dienenden Toleranz.

Denn Toleranz muß auf Gegenseitigkeit beruhen, um überhaupt lebensfähig zu bleiben. Wäre dies nämlich nicht der Fall, d.h., ständen sich zwei Gruppen mit entgegengesetzten Anschauungen gegenüber, von der die eine Gruppe Toleranz übt, während die andere intolerant ist, würden die Toleranten ausgeschaltet werden, wie es mit welchen, die angegriffen werden und sich nicht wehren zu geschehen pflegt, und keine Wahrheitssuche geschweige denn Wahrheitsfindung wäre möglich. Denn nach gewaltsamer Ausschaltung anderer Anschauungen, ist keine Oppositionsanschauung mehr vorhanden. So kann niemand mehr verhindern, daß die Anschauung derer, die durch Intoleranz (und nicht durch bessere Argumente) herrschen jedermann ungeprüft eingetrichtert wird. Da die Springerpresse aber intolerant ist, mußten Angehörige der APO, die im Grunde Toleranz erstreben, allein aufgrund primitivster Selbsterhaltung ihren Willen bekunden, sich im Fall von ausartenden Diffamierungen zur Wehr zu setzen.

Die Springerpresse ist nur ein Beispiel. Der hier aufgezeigte Gedankengang läßt sich ohne weiteres auf viele Institutionen unserer Gesellschaft übertragen, die den Fortschritt verhindern, weil sie gegenüber Personen, deren Gedanken sich außerhalb der gegebenen Denkstrukturen bewegen, intolerant sind.